



Bundes- tags- brief

Nr.81 • Die Woche im Bundestag • 08.10.2010



DEUTSCHER BUNDESTAG
**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222
Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Fördern und Fordern gehören in der Integrationspolitik zusammen

Der in dieser Woche von der Bundesregierung vorgestellte Achte Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland widmet sich nicht nur der Lage der Ausländer, sondern der Lage der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund insgesamt.

Die Differenzierung zwischen Einwohnern ohne deutschen Pass und deutschen Staatsbürgern würde die soziale Realität in Deutschland nicht mehr richtig widerspiegeln.

Von den 15,6 Millionen Einwohnern mit Migrationshintergrund sind 8,3 Millionen Deutsche. Inzwischen haben 34,4 % der Kinder unter 5 Jahren einen Migrationshintergrund.

Vielfalt in unserer Gesellschaft ist Realität. Der Großteil der Zugewanderten und ihrer Kinder hat sich in unsere Gesellschaft integriert.

Dort, wo das nicht der Fall ist, wurden unter der unionsgeführten Bundesregierung vielfältige Integrationsmaßnahmen von Bund, Ländern, Kommunen und Privaten in Angriff genommen, die insbesondere darauf abzielen, jungen Migranten faire Startchancen zu geben und ihren Aufstieg zu ermöglichen.

Staatlicherseits werden die Anstrengungen nicht nachlassen, die Integration insbesondere über die Schule und über den Arbeitsmarkt voranzutreiben.

Dazu gehört auch, ausländische Bildungsleistungen besser anzuerkennen. Denn nach Daten des Mikrozensus leben derzeit bis zu 300.000 zugewanderte Akademikerinnen und Akademiker in Deutschland, deren ausländische Hochschulabschlüsse in Deutschland nicht anerkannt werden.

Deshalb haben die Fraktionen von CDU/CSU und FDP einen Antrag mit dem Titel „Ausländische Bildungsleistungen anerkennen – Fachkräftepotentiale ausschöpfen“ verfasst in dem sie die Bundesregierung auffordern, für ihren Zuständigkeitsbereich eine Regelung für ein vereinfachtes sowie zügiges Bewertungs- und Anerkennungsverfahren für im Ausland erworbene Bildungsabschlüsse und formal nachgewiesene Qualifikationen vorzulegen.

Klar ist aber auch, dass die Zugewanderten für ihre Integration und die Integration ihrer Kinder auch selbst Verantwortung tragen müssen. Ihre Bereitschaft und ihr Engagement ist Voraussetzung dafür, dass staatliche Hilfestellung erfolgreich sein kann.

Hierzu gehört selbstverständlich auch, für den regelmäßigen Schulbesuch der Kinder zu sorgen. Das gilt für alle, die in unserem Land leben. Regeln und Pflichten müssen konsequenter durchgesetzt werden.

Der Bundespräsident hat in seiner Rede zum Tag der Deutschen Einheit verdeutlicht, dass es nicht entscheidend ist, woher einer kommt, sondern wohin einer will.

Den Aufstieg jedes Einzelnen in unserer Gesellschaft – gleich welcher Herkunft – wollen wir ermöglichen und fördern.

20 Jahre deutsche Einheit

20 Jahre nach der Wiedervereinigung sind die Lebensverhältnisse im östlichen Teil Deutschlands sehr viel besser, als dies noch kurze Zeit nach der Wende der Fall war:

So verdreifachte sich im Osten das Bruttoinlandsprodukt pro Arbeitnehmer von 16.000 Euro im Jahr 1991 auf 49.000 Euro im Jahr 2009, während es im Westen von gut 45.000 auf 62.000 Euro zulegte.

War die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen nach der Wende im Westen noch 2,8-mal so hoch wie im Osten, so ist sie jetzt nur noch 1,3-mal so hoch.

Im selben Zeitraum stieg der durchschnittliche Stundenlohn in den neuen Bundesländern von 10,02 auf 21,57 Euro.

Insgesamt haben die Sanierung der DDR-Wirtschaft und die Einbeziehung der Ostdeutschen in die Sozialsysteme der Bundesrepublik einen Nettobetrag von 1,7 Billion Euro gekostet.

Von gleichwertigen Lebensverhältnissen kann aber auch im zwanzigsten Jahr der deutschen Einheit leider noch nicht die Rede sein.

So betrug die Erwerbslosenquote im Jahresdurchschnitt 2009 im alten Bundesgebiet 6,4 %, in den neuen Ländern und Berlin 12,6% (Bundesdurchschnitt 7,7%).

Auch der Anteil der Personen, die Hartz-IV-Leistungen erhalten, war 2008 in den neuen Ländern und Berlin mit 17,2 % noch rund doppelt so hoch wie in den alten Ländern mit 8,4 %.

Mit 21,57 Euro lag ferner der durchschnittliche Stundenlohn im Osten noch immer deutlich unter dem im Westen von 27,13 Euro.

(Quellen: Statistisches Bundesamt und Institut für Wirtschaftsforschung)

Nur noch 3 Millionen Arbeitslose

Die Arbeitslosenzahl ist im September auf rund drei Millionen gesunken. Das sind insgesamt 315.000 weniger als noch im Vorjahr.

Im gleichen Zeitraum nahmen auch die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu.

So verzeichnete die Zahl der Erwerbstätigen ein Plus von 114.000 und lag mit 40,47 Millionen um 193.000 höher als noch im Vorjahr.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung lag im Juli bei 27,67 Millionen; gegenüber dem Vorjahr war das eine Zunahme um 353.000.

Auch die gemeldeten Arbeitsstellen legten mit einem Anstieg von 96.000 auf 398.000 Arbeitsstellen stark zu.

Demgegenüber sank die Kurzarbeit deutlich: Im Juli wurde an 288.000 Arbeitnehmer konjunkturelles Kurzarbeitergeld gezahlt. Das waren 111.000 weniger als im Juni und 927.000 weniger als noch vor einem Jahr.

Gegenüber dem Höhepunkt vom Mai 2009 hat sich die Kurzarbeit damit um fast vier Fünftel vermindert.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Konsumklima auf Drei-Jahres-Hoch

Der von der Gesellschaft für Konsumforschung berechnete Konsumklimaindex ist im September mit 53,5 Punkten auf den höchsten Stand seit drei Jahren gestiegen.

Ihre Ursachen hat diese deutliche Verbesserung der Verbraucherstimmung nicht nur im konjunkturellen Aufschwung und in sinkenden Arbeitslosenzahlen, sondern auch in einem moderaten Preisklima:

So verzeichnete die Teuerungsrate im September nur ein Plus von 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die Bundesbürger sehen die deutsche Wirtschaft auch in den nächsten Monaten weiterhin auf klarem Erholungskurs.

Mit insgesamt 53,5 Zählern erreichte die Konjunkturerwartung den höchsten Stand seit drei, die Einkommenserwartung mit 45, 2 Punkten sogar den höchsten Stand seit zehn Jahren.

Desweiteren stieg die Anschaffungsneigung um 2,8 Punkte auf einen Wert von 30,7 Punkten, was deutlich über dem langjährigen Durchschnittswert von 0 Punkten liegt.

(Quellen: Gesellschaft für Marktforschung und Statistisches Bundesamt)